

Welt der Arbeit

Ausgabe 7

www.weltderarbeit.de

10. März 2004

WdA im März

In dieser Ausgabe geht es vor allem ums Geld: auf der einen Seite weiter wachsender, teilweise unvorstellbarer Reichtum und auf der anderen immer mehr Schulden und wachsende Armut. Durch die Ausbreitung des kapitalistischen Wirtschaftssystems werden weltweit immer mehr Menschen der Ausbeutung unterworfen und in Abhängigkeiten getrieben. Selbst ganze Staaten werden Opfer von Verschuldung und erzwungenen Struktur- und Anpassungsmaßnahmen; sie verlieren ihre Handlungsfähigkeit. Gibt es zu dieser Entwicklung und zu diesem menschenverachtenden System keine Alternative?

Inhalt dieser Ausgabe

Raffgier vor Gericht

Seite 1

Die kapitalistische Zinswirtschaft

Seite 2

Steuergeschenke für die Reichen

Seite 3

Reich und arm, Steuerpläne unfinanzierbar

Seite 4

Arbeiterinnen unter Druck

Seite 5

Brutal beschönigt, Chancengleichheit

Seite 6

Blick zurück:

Hilfe, die nicht nieder drückt

Seite 7

Wem gehört der Bundestag? Wunsch und Wirklichkeit

Seite 8

Weniger Schutz vor Monopolen, Buch- und Internet-Tipp, Kommentar, Impressum

Seite 9

Raffgier vor Gericht

Kriminelles Verhalten ist in Managerkreisen keine Seltenheit. Immer häufiger müssen sich Staatsanwaltschaften und Gerichte mit Betrug, Untreue, Steuerhinterziehung und Bilanzfälschung durch das Führungspersonal von Banken, Konzernen und Großunternehmen beschäftigen. Regressforderungen bleiben meistens erfolglos.

Raffgier scheint überall zu herrschen. Manager bereichern sich, aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren ihre Jobs und werden zu Verzichten gezwungen. Für Missmanagement und Fehlentscheidungen werden die Konzernführer und Vorstände selten zur Rechenschaft gezogen. Die Spielregeln zur Selbstbedienung haben sie selbst aufgestellt. Der rechtlichen Überprüfung ihrer Bereicherungsaktionen begegnen sie mit empörender Arroganz. So erklärte der im Mannesmann-Prozess angeklagte Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann: „Wenn leistungsgerechte Vergütungen nicht mehr gemacht werden können, ohne dass die Justiz hinschaut, dann wird Deutschland ins Hintertreffen geraten.“

Eintellungen wie diese findet man skandalöser Weise immer häufiger. Doch auch in der Vergangenheit mussten sich die Gerichte schon mit Hochstaplern und Betrügern wie dem Bauherrn Jürgen Schneider und dem Firmen-Chef Friedel Balsam befassen. Und nicht nur im Mannesmann-Prozess geht es um Millionen-Prämien für Manager und Pensionäre. Wegen Untreue müssen sich beispielsweise auch der Boss der ehemaligen Holzmann AG, Lothar Mayer, und einige seiner Vorstandskollegen verantworten. Dem ehemaligen Häuptling der WestLB, Friedel Neuber, wird Beihilfe zur Untreue vorgeworfen, ebenso seinem Nach-

folger Jürgen Sengera und fünf weiteren Managern der Bank.

Für einen beispiellosen Milliarden-skandal haben sich allein 14 ehemalige Topmanager der Bankgesellschaft Berlin (BGB) zu verantworten, denen u.a. Untreue und Kapitalanlagebetrug vorgeworfen werden. Die BGB konnte nur durch eine Finanzspritze des hochverschuldeten Landes Berlin von 1,8 Milliarden Euro sowie durch Übernahme von Risiken im Umfang von fast 22 Milliarden Euro vor der Pleite gerettet werden. Nach dem Auffliegen des Finanz- und Spendenskandals wurden fast alle Vorstände in der Konzernholding und bei den beteiligten Banken gefeuert, darunter auch Konzernchef Wolfgang Rupf und Klaus Landowsky, Chef der Berlin Hyp und ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU. Viele kassieren seither hohe Pensionen. Allein im Jahr 2002 erhielten neun ehemalige Führungskräfte fast 1,9 Millionen Euro an Versorgungsleistungen. Insgesamt bekamen ehemalige Vorstände des Konzerns und seiner Ableger im Jahr 2002 rund 7,6 Millionen Euro Altersbezüge, obwohl das Unternehmen in den beiden Jahren zuvor rund 2,4 Milliarden Euro Verlust eingefahren hatte.

Solche Manager müssen bei Entzug ihrer betrieblichen Altersversorgung persönlich zur Verantwortung gezogen werden! Der Gesetzgeber muss endlich Konsequenzen ziehen. Entlassungen wegen Schlechtleistungen ohne Abfindungen und die gerichtliche Verurteilung sind angebracht. Außerdem müssen Manager für ihre Fehler und ihren Machtmissbrauch künftig mit ihrem Privatvermögen haften!

Franz Kersjes

Die kapitalistische Zinswirtschaft

Gigantische Zinsströme sorgen dafür, dass allein in Deutschland Geldbesitzer täglich um rund 650 Millionen Euro reicher werden. Aber nur 10 Prozent sind wirkliche Gewinner, kassieren also mehr Zinsen als sie zahlen. Alle Zinsen fließen immer von der Arbeit zu den Geldbesitzern. Mit jeder Zinszahlung erhalten also diejenigen noch mehr Geld, die bereits zuviel hatten und es verleihen konnten. Umgekehrt fließt Kaufkraft bei jenen ab, denen bereits Geld fehlte und die es sich deshalb leihen mussten.

Sozial problemlos sind solche Zinsströme nur dann, wenn mit Hilfe der Kredite Produktion und Arbeitseinkommen im gleichen Tempo gesteigert werden können wie die Geldvermögen und Schulden zunehmen. Dies aber ist allenfalls in den ersten Jahrzehnten einer Wiederaufbauperiode der Fall, nicht aber bei einsetzenden Sättigungen der Märkte. Die Folge des unzureichenden Wirtschaftswachstums und der sich damit ergebenden Scherenöffnung zwischen Leistung und Geldvermögen sind darum immer größere Einkommensumschichtungen.

Jeder, der nicht selber ein großes zinsbringendes Vermögen besitzt, schuftet heute durchschnittlich ein Drittel seiner Arbeitszeit dafür, dass die Wohlhabenden ihre Geldvermögen verzinst bekommen, ohne dass diese dafür einen Finger krumm machen. Und dann wundert sich die Welt, dass die Unterschiede zwischen Reich und Arm immer größer werden. Es wird behauptet, wir würden in einer „Leistungsgesellschaft“ leben, obwohl es sich doch offensichtlich bei Zinsen nicht um die Belohnung

von Leistung und Arbeit handelt, sondern um die Belohnung von Besitz.

Das jährliche Bruttosozialprodukt (BIP) kann – ähnlich einem Kuchen – nur einmal aufgeteilt werden. Was aber die Einen ohne Gegenleistung bekommen, müssen die Anderen von ihrem Einkommen abgeben. Um die Arbeitseinkommen trotzdem einigermaßen stabil zu halten und den sozialen Frieden zu wahren, muss der Staat für ein ständiges Wachstum des gesamtwirtschaftlichen „Kuchens“ sorgen.

Die meisten Menschen glauben, dass sie Zinsen nur dann zahlen, wenn sie Geld borgen und dass sie nur das Geldborgen vermeiden müssen, wenn sie keine Zinsen zahlen wollen. Tatsächlich sind aber in jedem Preis, den wir bezahlen, auch Zinsanteile enthalten. Das sind die Zinsen, die die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen der Bank zahlen müssen, um Maschinen, Gebäude usw. anschaffen zu können oder die Zinsen, die sie für ihr Eigenkapital bekämen, wenn sie es der Bank als Spareinlage oder zur sonstigen Anlage überliefern. Im Durchschnitt bezahlen wir mindestens 30 Prozent Zinsen oder Kapitalkosten mit den Preisen für Güter und Dienstleistungen, die wir zum täglichen Leben brauchen.

Die fatalen Folgen des herrschenden Rentabilitätsprinzips lassen sich auch in Deutschland gut erkennen: Es gibt eine konstant hohe Zahl Arbeitsloser, obwohl es an Aufgaben nicht mangelt. Statt für diese Aufgaben Kapital zur Verfügung zu

stellen, ziehen Geldgeber jedoch renditeträchtige Langzeitverzinsungen oder Devisen- und Aktienspekulation vor. Wo das Geld gebraucht wird, ist es nicht, und wo es ist, wird es nicht gebraucht.

Durch die einseitige Anhäufung von Kapital verschieben sich die Machtstrukturen immer mehr in Richtung Privatwirtschaft, zu den multinationalen Konzernen. Damit wird politisch sinnvolles Handeln immer schwieriger, und Entscheidungen werden nicht mehr aus dem Volkswillen heraus, sondern aufgrund von Einzelinteressen getroffen. Der Einfluss der politischen Systeme auf die Wirtschaft wird aber auch wegen der wachsenden Staatsverschuldung zusehends geschwächt. Auch in Deutschland ist die Abhängigkeit der Politik von Medien, Industrie und Banken nicht mehr zu übersehen. Wenn sich die Verhältnisse nicht schnell ändern, haben wir bald die letzten Gestaltungsmittel verloren.

Angesichts der vielfältigen Problematik des Zinssystems stellt sich immer drängender die Frage, ob es zum Zins überhaupt irgendwelche Alternativen geben kann. Wie könnte ein Geldsystem aussehen, in dem das Geld aus seiner widersprüchlichen Funktion herausgelöst ist und ausschließlich die Funktion als allgemeines Tauschmittel erfüllt? An dieser spannenden und lebensnotwendigen Diskussion müssen sich auch die Gewerkschaften beteiligen. Initiativen und Forderungen gibt es.

www.geldreform.de
www.systemfehler.de

Die Bierdeckelreform

Steuergeschenke für die Reichen

Steuern sind die Grundlage zur Finanzierung staatlicher Aufgaben. Die Steuerpolitik der Bundesregierungen hat bereits in den vergangenen zehn Jahren zu massiven Einnahmeverlusten geführt. Aber die Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gestiegen, weil die Leistungsfähigeren immer weniger bezahlen. Der Staat wurde ärmer und zu immer neuen Ausgabenkürzungen auch in wichtigen Feldern der öffentlichen Infrastruktur gezwungen. Die deutlichen Kostenentlastungen für Unternehmen über Steuersenkungen sind jedoch nicht mit Investitionen in Arbeitsplätze belohnt worden.

Der politische Wettbewerb um Steuersenkungen wird allein wegen der vielen Wahlen in diesem Jahr intensiv fortgesetzt. Alle Vorschläge von CDU, CSU und FDP zielen auf eine Senkung des Einkommenssteuertarifs. Aber auch in Zukunft wird der Bierdeckel für die Steuererklärung nur bei Millionären ausreichen. Das Stufenmodell von Friedrich Merz (CDU), der vor seiner politischen Karriere beim Verband der chemischen Industrie arbeitete, führt beispielsweise nicht zur Vereinfachung und ist gleichzeitig weniger leistungsgerecht. Die zwischen CDU und CSU gerade gefundene Übergangslösung ist noch ungerechter und nicht zu finanzieren. Durch die später vorgesehene Abschaffung der linearen Progression steigt der Steuertarif sprunghaft, wenn zum Beispiel die Grenze von 16.000 Euro nur leicht überschritten wird, von 12 auf 24 Prozent.

Die Steuerausfälle sollen durch den Abbau von Steuerprivilegien gegenfinanziert werden. Aber von der Streichung der Steuerbefreiung sind weit überwiegend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen: Wegfall der steuerfreien Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagszuschläge; Streichung der Entfernungspauschale; volle Versteuerung von Abfindungen beim Verlust des Arbeitsplatzes. Auch Aufwandsentschädigungen für nebenberufliche Tätigkeiten in Vereinen sollen voll steuerpflichtig werden. Bei vielen Beschäftigten werden die Steuerentlastungen geringer sein als die Belastungen durch den Abbau von Steuervorteilen ausfallen. Viele steuerliche Vorteile für Selbstständige und Vermögensbesitzer sollen dagegen unangetastet bleiben. Schon in der Vergangenheit ist die Steuerpolitik durch den Druck der Lobby bei der Beseitigung von Steuerprivilegien der Selbstständigen gescheitert.

Jedes Jahr werden nach Schätzung der Deutschen Steuerwerkschaft mindestens 50 Milliarden Euro an Steuern ins Ausland verschoben. 20 Milliarden Euro jährlich werden dem Staat mit Hilfe von Umsatzsteuerbetrug und anderen Tricks durch Unternehmer vorenthalten; das hat der Bundesrechnungshof in einem Gutachten vom 3. September 2003 nachgewiesen.

Zu den Voraussetzungen für mehr Steuergerechtigkeit gehören eine wesentlich stärkere Verfolgung der Steuerkriminalität, die Auflösung der Steueroasen und eine internationale Harmonisierung der Steuersätze. Doch daran

wagen sich die Steuervereinfacher nicht heran. Die Interessenvertreter des Kapitals in CDU, CSU und FDP verursachen mit ihren Vorschlägen erhebliche Steuerausfälle. Umfassende, durchgerechnete Modelle zur Gegenfinanzierung werden nicht vorgelegt. Vielmehr soll der Druck erhöht werden, die Steuerausfälle durch Einsparungen bei den öffentlichen Aufgaben zu kompensieren. Wer die Steuern senkt und durch Ausgabenkürzungen finanzieren will, macht den Staat arm und belohnt jene, die sich einen armen Staat leisten können.

Der Anteil der Steuern auf Unternehmensgewinne lag im Jahr 1999 in Deutschland bei 4,8 Prozent der gesamten Steuereinnahmen. Im Durchschnitt der OECD-Länder lag der Anteil bei 8,8 Prozent. Außerdem betont die Deutsche Bundesbank, dass Unternehmen nur in einem Land der Europäischen Union weniger Steuern zahlen als in Deutschland, nämlich in Spanien. Würden wie in den USA in unserem Land auf Unternehmensgewinne eine Mindeststeuer von 25 Prozent erhoben und die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden, dann wäre die Steuerpolitik zukunftsfähig, weil sie dem Staat ohne Neuverschuldung die notwendigen Investitionen ermöglichte. Mit einer mutigen und konsequenten Steuerpolitik könnte man nicht nur die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden entlasten; es könnte auch eine solidarische Reform des Sozialstaates finanziert werden.

F.K.

Reich und Arm

Die Super-Reichen sind noch reicher geworden. Wie das Wirtschaftsmagazin „Forbes“ mitteilte, stieg das Vermögen der Milliardäre im vergangenen Jahr um 0,5 auf 1,9 Billionen US-Dollar. Es gibt inzwischen weltweit 587 Milliardäre – so viel wie nie zuvor. Die deutlichste Zunahme verzeichnet Russland mit plus acht Prozent, das mit 25 Milliardären auf Platz drei steht. An der Spitze stehen die USA mit 278 vor Deutschland mit 53 Milliardären. Das größte Vermögen besitzt der Microsoft-Gründer Bill Gates mit rund 46 Milliarden Dollar. Zu den reichsten Deutschen zählen die Aldi-Brüder Albrecht sowie die Familien Quandt, Oetker, Klatten, Otto und Flick.

Immer mehr Millionäre

Einer aktuellen Studie zufolge kann die anhaltende Wirtschaftskrise den Reichen nichts anhaben. Nicht nur die Zahl der Reichen sondern auch ihr Kapital ist gestiegen. Die 2,6 Millionen Dollar-Millionäre in Europa konnten im vergangenen Jahr ihr Finanzvermögen überdurchschnittlich um 4,8 Prozent beträchtlich erhöhen. Nach einem Bericht von Spiegel-Online gelten zurzeit 755.000 Privatpersonen in Deutschland als Dollar-Millionäre.

Immer mehr Schulden

Die Schulden der öffentlichen Haushalte sind im vergangenen Jahr auf mehr als 1,3 Billionen Euro gestiegen. Das sind 5,8 Prozent oder 72,4 Milliarden Euro mehr als ein Jahr zuvor. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes mussten Bund, Länder und Gemeinden außerdem ver-

stärkt kurzfristig Kredite aufnehmen, die in der Haushaltsplanung nicht vorgesehen waren. Mit einer Steigerung von 7,8 Prozent legten die Schulden der Bundesländer am stärksten zu. Die Verbindlichkeiten des Bundes, einschließlich der Sondervermögen, kletterten um rund fünf Prozent.

Die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen bringen viele Kommunen in noch größere Schwierigkeiten. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II verursacht Mehrkosten, die vom Gesetzgeber scheinbar nicht gerechnet wurden. Die gescheiterte Gemeindefinanzreform wird nach Einschätzung von Fachleuten in vielen Fällen zur Zahlungsunfähigkeit von Kommunen führen.

Die große Abzocke machen die Geldverleiher auch bei den Konsumentenkrediten. Immer mehr Menschen brauchen dringend Geld und akzeptieren beinahe jeden Zinssatz. Entsprechend hoch sind die Gewinne. Die Ratenkredite erreichten im Jahre 2003 mit insgesamt 118,6 Milliarden Euro einen neuen Rekord. 10 Jahre zuvor mussten die Verbraucher insgesamt 79 Milliarden Euro abzahlen. Zurzeit gelten etwa drei Millionen bundesdeutsche Haushalte als völlig überschuldet, so die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung. -es

Gastbeitrag in
www.weltderarbeit.de
Prof. Christoph Deutschmann
„Ende und Wiederkehr des
Keynesianismus“ – Rätsel der
 aktuellen Wirtschaftspolitik

Steuerpläne unfinanzierbar!

Die Finanzminister von Bund und Ländern halten die bisher vorgeschlagenen Modelle für eine radikale Steuerreform für nicht finanzierbar und sozial unausgewogen. Die Pläne würden kurzfristig Ausfälle für die Staatskasse von neun bis 43 Milliarden Euro bedeuten, geht aus dem einvernehmlich beschlossenen Bericht von Bund und Ländern hervor. Zugleich würden die Modelle vor allem Besserverdienende begünstigen. Je radikaler, desto ungerechter seien die Konzepte.

Ein vernichtendes Urteil fällt auch das WSI in einem Gutachten über die rigorosen Vorschläge für Steuersenkungen. Verluste drohen vielen Arbeitnehmern z.B. bei den CDU-Konzepten von Merz und Kirchhof. „So würden die Reformen für eine relevante Zahl von Arbeitnehmerhaushalten im unteren und mittleren Einkommensbereich netto zu einem Minusgeschäft werden, während Arbeitnehmer- und Selbständigenhaushalte mit hohen und sehr hohen Einkommen tendenziell deutlich entlastet würden“, heißt es in dem Gutachten.

Nachteile drohen den Beschäftigten vor allem, wenn die Steuerfreiheit für Erschwerniszuschläge sowie die Pendlerpauschale gestrichen würden. Die Wissenschaftler warnen auch vor „wachstums- und beschäftigungspolitischen Risiken“, die sich durch die Steuerausfälle für den Staat und den daraus resultierenden Sparzwang ergäben.

www.boeckler.de

Oxfam-Bericht: **Arbeiterinnen unter Druck**

Große Markenfirmen und Verkaufsketten der Bekleidungs- und Lebensmittelindustrie sind einer neuen Studie der Entwicklungsorganisation Oxfam International zufolge für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Millionen von Arbeiterinnen auf der ganzen Welt verantwortlich.

Im Mittelpunkt der Studie „Unsere Rechte im Ausverkauf - Frauenarbeit in globalen Lieferketten von Bekleidungsunternehmen und Supermärkten“, die auf Oxfam-Untersuchungen in 13 Ländern und mehr als 1.000 Interviews basiert, steht die Strategie transnationaler Unternehmen in ihren weltweiten Lieferketten. Die Studie belegt, dass ein Großteil der enormen Gewinne von Unternehmen im Bekleidungs- und Supermarktsektor auf Kosten der Arbeiterinnen in den Zulieferbetrieben entsteht. Oxfam behauptet, dass die riesigen Geschäftsimperien der Einzelhandels- und Supermarktketten durch ihre Unternehmensstrategie, die eine immer schnellere und billigere Versorgung mit immer aktuelleren und frischeren Produkten verlangt, die Durchsetzung genau derjenigen Arbeitsstandards hintertreiben, für die sie angeblich einstehen. Die Unternehmen benutzen ihre Machtstellung am oberen Ende der globalen Lieferketten, um ihre Zulieferer zu schröpfen. Kosten und Risiken werden an das untere Ende der Lieferketten verlagert. Die Einkaufsteams der Unternehmen üben massiven Druck aus und zwingen ihre Zulieferer zu „just in time“-Lieferungen zu niedrigen Preisen. Dieser Kostendruck wird sofort auf die Arbeiterinnen in

den Zulieferbetrieben abgewälzt, was sich in immer mehr Überstunden, höheren Produktionsvorgaben unter meist schlechten Arbeitsbedingungen und unsicheren Arbeitsverhältnissen äußert. Millionen von Frauen werden so um ihren gerechten Anteil an den Früchten der Globalisierung betrogen.

„Das ist der Punkt, wo die Globalisierung versagt, ihr Potenzial auszuschöpfen, Menschen aus der Armut zu befreien und Entwicklung zu fördern“, sagt Jörn Kalinski, von Oxfam Deutschland. „Die Diskrepanz zwischen den rhetorischen Bekenntnissen zu globaler sozialer Verantwortung und der tatsächlichen Unternehmensstrategie wird immer größer. Viele Unternehmen haben „Codes of Conduct“ und verlangen von ihren Zulieferern die Einhaltung international anerkannter Arbeitsstandards. Aber ihre eigenen rücksichtslosen Einkaufs- und Zulieferpraktiken machen es oft unmöglich, dass diese Arbeitsstandards eingehalten werden können“.

Arbeiterinnen sind besonders hart betroffen: Ihre Geschichten entzaubern den Mythos, dass ihr Lohn ja „zusätzliches“ Einkommen für die Familien sei. Von vielen Frauen wird erwartet, für ihre Familien zu sorgen und den Lebensunterhalt zu verdienen – dies aber zunehmend in unsicheren und rechtlosen Beschäftigungsverhältnissen. Diese Belastung ruiniert ihre Gesundheit, zerstört ihre Familien und beeinträchtigt die Zukunftschancen ihrer Kinder.

Viele Regierungen – ermutigt von Weltbank, IWF und transnationa-

len Unternehmen – sind ebenfalls schuldig. In ihrem Bestreben, Investoren anzulocken, erlassen sie Gesetze und schließen Handelsabkommen, die „flexible“ Beschäftigung ermöglichen. Dies führt zwischen den Entwicklungsländern zu einem Wettbewerb um immer „flexiblere“ Arbeitskräfte und zu einem Ausverkauf der Rechte der Beschäftigten.

In Chile sind z. B. 75% der Obstpflückerinnen auf der Basis befristeter Arbeitsverträge beschäftigt und arbeiten während der Saison 60 Stunden pro Woche. In Großbritannien erhielten Arbeitgeber das Recht, in Heimarbeit Beschäftigten nur 80 % des Mindestgehalts zu zahlen, ohne Abfindung, bezahlten Urlaub, Lohnzahlung im Krankheitsfall oder Rentenansprüche. Mehr als die Hälfte der Frauen in Bangladeschs Bekleidungsfabriken hat keinen Arbeitsvertrag, und die Meisten haben weder Mutterschutz noch Krankenversicherung. Oxfam hat weltweit Hunderte von ähnlichen Missbräuchen dokumentiert.

Neben den erforderlichen Änderungen der Unternehmensstrategien ist es daher nötig, dass die Regierungen die Rechte der Beschäftigten schützen, insbesondere das Recht, in Gewerkschaften einzutreten und Tarifverhandlungen zu führen. Die Regierungen müssen die international anerkannten Arbeitsstandards durchsetzen, insbesondere solche, die Beschäftigte mit Familien schützen. Die Konsumenten ihrerseits sollten solche Marken unterstützen, die anspruchsvolle Mode unter guten Arbeitsbedingungen produzieren lassen. www.oxfam.de

Brutal beschönigt

Den „Rentnerberg“ hatten wir vor ein paar Jahren. Den „Berg“ haben wir bekanntlich noch immer, und er nimmt zunehmend die Form einer kopfstehenden Pyramide an; aber den Begriff nimmt keiner mehr in den Mund. Womöglich ist Politikern und Medienleuten inzwischen die ganze Brutalität ihrer Wortschöpfung aufgegangen.

Der „Rentnerberg“ ist ohnehin eigentlich ein Ausrutscher. Denn im Allgemeinen halten es die Politiker/innen mehr mit den verniedlichenden, beschönigenden, also verschleiern den Begriffen als mit den brutalen. Man denke nur an die Erfindung der „Entsorgungsparks“. Früher sagten wir dazu Mülldeponie. Aber „Park“ klingt doch so richtig nett, „Entsorgungspark“. Dass es sich dabei um unser aller Abfall handelt, kann man sich kaum vorstellen – soll man ja auch gar nicht. Und dass da außerdem geschoben, bestochen und mittlerweile prozessiert wird, erwartet man im „Entsorgungspark“ eigentlich kaum – so freundlich wie der Ausdruck klingt. Neuerdings sind ja auch Industriegebiete zu „Industrieparks“ mutiert. Da muss dann keiner an Luftverschmutzung und in Flüssen dahin schiebende Fische denken.

Konkurrenzlos am nettesten ist aber die Erfindung der „Freistellung“. Menschen werden nicht mehr aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen oder gefeuert. Der Rausschmiss in die Arbeitslosigkeit von offiziell vier Millionen, tatsächlich aber viel mehr Menschen heißt seit Längerem schon „Freistellung“. „Frei“ ist schließlich total positiv besetzt in unserer freiheitlichen Gesell-

schaft, und „Stellung“ ist ganz einfach wertfrei. Folglich kann eine „Freistellung“ doch gar nicht anders als sympathisch sein. Mit der „Freistellung“ einher geht der „Abbau“, der Abbau von Arbeitsplätzen. Zwar ist das Wort „Abbau“ nicht supersympathisch, aber unbestritten angenehmer als Begriffe wie Wegrationalisierung, Zerstörung, Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Und dann die Jugendlichen ohne Ausbildungsplätze: DGB-Chef Sommer hält ihre Zahl für zehnmal so hoch wie offiziell angegeben wird. Ein beachtlicher Teil unter ihnen befindet sich, wie man hört, in der „Warteschleife“. Das klingt technisch, und Technik ist allgemein akzeptiert. Dahinter kann sich also unmöglich etwas Niederdrückendes oder gar hoffnungslos Stimmendes verstecken. Tut es aber. Denn die „Warteschleife“ aus dem Mund von Arbeitsmarktexperten verharmlost, verschleiert, beschönigt den traurigen Tatbestand des Dauer mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Dass junge Leute in irgendeiner Maßnahme innerhalb der „Warteschleife“ etwas Sinnvolles lernen, erscheint zweifelhaft; denn die Ausbildungsplatzlosen werden in der „Warteschleife“ gewöhnlich nur „geparkt“ – wie ein Auto, das man vorübergehend abstellt. Wie aber soll man motiviert sein zum Lernen in dem Bewusstsein, bloß in einer „Warteschleife geparkt“ worden zu sein?

Misstrauen ist also angebracht gegenüber besonders hübschen Hervorbringungen von Politikern und deren unbesehener medialer Verbreitung.

Claus Floeder

Chancengleichheit: Augenwischerei

Eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft vom Juli 2001 sollte die Chancen der Frauen im Berufsleben verbessern, ihnen den Zugang zu traditionell männerdominierten Berufen und in führende Positionen erleichtern. Mit dieser Vereinbarung verzichtete die Regierung vorerst auf ein im Koalitionsvertrag vereinbartes Gesetz zur Frauengleichstellung in der Privatwirtschaft.

Eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung ergab nun, dass im Hinblick auf Chancengleichheit bislang kein Durchbruch erfolgt ist. Wunsch und Realität klaffen immer noch weit auseinander. 23,1 Prozent der weiblichen Beschäftigten arbeiten in einem Betrieb mit betrieblichen und tariflichen Vereinbarungen zur Chancengleichheit, weitere 11,4 Prozent in Betrieben mit freiwilligen Initiativen. Ob Diskriminierung dann auch tatsächlich beseitigt ist, dafür gibt es keine Belege. Die Untersuchung ergab auch, dass 70 Prozent der befragten Unternehmen keine Maßnahmen planen. Nicht einmal zwei Prozent interessieren sich dafür, wie hoch der Frauenanteil auf den verschiedenen Hierarchiestufen tatsächlich ist.

Bundesregierung und Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft loben den Erfolg ihrer Vereinbarung. Trotz der wirtschaftlichen Flaute sei es gelungen, die Zahl der berufstätigen Frauen um eine Viertelmillion zu erhöhen. Verschwiegen wird allerdings, dass nur die Zahl der geringfügig beschäftigten Frauen gestiegen ist. Sie ist mehr als doppelt so hoch wie die der Männer. -es

Blick zurück: **Hilfe, die nicht nieder drückt**

Das Leben der Marie Juchacz bietet in diesem Jahr mehrere Anlässe, sich dieser ungewöhnlichen Frau zu erinnern. Zuerst: Am 15. März jährt sich zum 125. Mal ihr Geburtstag. Und dann: Vor wenigen Wochen, im Februar, lag jener denkwürdige Tag 85 Jahre zurück, an dem mit Marie Juchacz zum ersten Mal eine Frau in einem deutschen Parlament das Wort ergriff. Schließlich: Am Ende dieses Jahres, genau genommen am 13. Dezember, jährt sich ebenfalls zum 85. Mal die Gründung der Arbeiterwohlfahrt, die von Marie Juchacz geführt und geleitet wurde, bis die Nazis die Wohlfahrtsorganisation der Arbeiterbewegung zerschlugen und deren Gründerin ins Exil trieben.

Als Tochter eines verarmten Handwerkers hat Marie Juchacz, geborene Gohlke, das Elend der Arbeiterklasse schmerzvoll selbst erfahren. Sie war in Landsberg an der Warthe geboren worden und konnte nur vier Klassen der Volksschule besuchen. Es folgten Kinderarbeit in einer Fabrik, dann Tätigkeit bei einem 16-Stunden-Tag als Wärterin in einer psychiatrischen Anstalt. Schließlich hatte sie genug gespart, um eine Schneiderlehre zu finanzieren. Ihre kurze unglückliche Ehe mit dem Schneidermeister Juchacz erwähnte sie in ihrer Autobiographie nur mit einem Halbsatz. Wirklich nahe stand ihr einzig die zehn Jahre jüngere Schwester Elisabeth. Mit ihr und den beiden Kindern ging sie 1906 nach Berlin. In der Großstadt hoffte sie auf bessere Verdienstmöglichkeiten und mehr politische Freizügigkeit. Marie Juchacz enga-

gierte sich unter anderem im „Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse“, wurde rasch als begabte Versammlungsrednerin entdeckt und 1913 als bezahlte SPD-Mitarbeiterin in die Obere Rheinprovinz geschickt, ein Parteibeizirk von gigantischen Ausmaßen. Von Köln aus betrieb sie die „Frauenagitation“, wie das damals hieß, und kümmerte sich besonders intensiv um die Politisierung von Textilarbeiterinnen mit dem Ziel, deren Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verbessern.

Dann begann der Erste Weltkrieg. Marie Juchacz lehnte ihn ab, gehörte aber nicht zu jenen Sozialdemokraten, die sich offen der Kriegspolitik ihrer Partei widersetzen. Das brachte ihr zwei Ämter ein, nach denen sie sich keineswegs gedrängt hatte. Sie wurde in der Nachfolge von Clara Zetkin und Luise Zietz, die im Krieg beide die SPD verließen, als Frauensekretärin auf Reichsebene Parteivorstandsmitglied und gleichzeitig Herausgeberin der sozialdemokratischen Frauenzeitung. Das war ein schweres Erbe, denn Zietz und Zetkin waren hochqualifizierte Persönlichkeiten gewesen.

Zwischen 1914 und 1918 arbeitete die sozialdemokratische Frauenbewegung unter Führung von Marie Juchacz mit im sogenannten Nationalen Frauendienst, einem kriegsbedingten Zusammenschluss aller Frauenorganisationen, auch solcher aus dem bürgerlichen Lager, mit dem zuvor aus ideologischen Gründen jede Zusammenarbeit abgelehnt worden war. Es ging nun nicht mehr um die Umwälzung

der gesellschaftlichen Verhältnisse; es ging um Linderung größter Not in Zeiten des Krieges. Allerdings verstand Marie Juchacz darunter keine Almosenverteilung, sondern Hilfe als Anspruch, „Hilfe“, wie sie einmal sagte, „die nicht nieder drückt“.

Die Arbeit in der kriegsbedingten Wohlfahrtspflege hat die Einstellung vieler Sozialdemokraten zur sozialen Frage verändert. In der Verfassunggebenden Nationalversammlung erklärte die Abgeordnete Juchacz selbstbewusst: „Die gesamte Sozialpolitik wird Spezialgebiet der Frauen sein“, weil sie dafür „ganz besonders geeignet“ sind. Marie Juchacz sah das Problem der Festlegung von Frauen auf dieses ‚frauen-spezifische‘ Thema durchaus, lehnte es aber ab, dass Frauen aus rein emanzipatorischen Gründen auf Aktivitäten verzichten sollen, die sie besser beherrschten als die meisten Männer. Im Reichstag und an ihrer politischen Basis kämpfte Marie Juchacz weiter für einen Rechtsanspruch auf Hilfe in sozialen Notlagen. Vor allem kämpfte sie für die Durchsetzung einer wirtschaftlichen Mindestversorgung Notleidender und gegen die Mentalität der Almosenvergabe im damaligen Armenrecht.

Die Gründung der Arbeiterwohlfahrt betrachtete Marie Juchacz als Schlussstein, als Zusammenfassung „aller seit Jahren auf diesem Gebiet wirkenden Kräfte“. Motto und Ziel der Organisation sind uns heute Selbstverständlichkeiten; damals handelte es sich um eine noch nie da gewesene, neue Idee: Hilfe zur Selbsthilfe. A. Riedel

Wem gehört der Bundestag?

Alle Macht geht vom Volke aus. So steht es im Grundgesetz. „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden“, heißt es in Artikel 38 unserer Verfassung. Etwa die Hälfte der Parlamentarier hat Geschäftsbeziehungen zur privaten Wirtschaft: als Berater, Vorstandsmitglieder, Aufsichtsräte. So ist es im Handbuch des Deutschen Bundestages und auf der Internet-Seite www.bundestag.de nachzulesen. Viele stehen auf den Gehaltslisten großer deutscher und internationaler Unternehmen, insbesondere von Banken, Versicherungen und Stromkonzernen. Über die Abgeordnetenentschädigung hinaus hat jeder zweite Parlamentarier noch Einkommen unterschiedlicher

Art, darunter Honorare für Beratungsleistungen. Das ist „legal“. Erfolgreich haben aber Abgeordnete aller Fraktionen bislang Forderungen abgelehnt, ihren Wählern und Wählerinnen alle Nebeneinkünfte offen zu legen.

Sind unsere Parlamentarier wirklich unabhängig und nur ihrem Gewissen und „dem ganzen deutschen Volk“ verpflichtet? Günter Rexrodt zum Beispiel, ehemaliger Wirtschaftsminister in der Regierung Kohl. Er ist als Unternehmensberater für viele Firmen tätig, sitzt zurzeit im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und ist stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender der AGIV Immobilien AG und hat Posten in neun

weiteren Unternehmen. Unverkennbar ein Fall von Lobbyismus, von Verquickung von Politik und Geschäft. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu ungeheuerlich, dass die FDP es wagt, den angeblichen Einfluss der Gewerkschaften auf politische Entscheidungen zu bekämpfen und von einer „Plage“ zu schwadronieren.

Der Einfluss der Konzerne und großen Unternehmen auf Entscheidungen von Regierung und Parlament ist in Deutschland erheblich. Verlangt werden optimale Voraussetzungen zur Kapitalverwertung. Mit einer zunehmend aggressiveren Politiklobby wird die Unabhängigkeit der Volksvertreter spürbar eingeschränkt. Das schadet der Demokratie und dem Parlamentarismus. Und es fördert den Rechtsradikalismus. -es

Hundt

Arbeitgeberpräsident Hundt verlangt weitere massive Einschnitte beim Arbeitslosengeld. Bei Arbeitslosigkeit soll eine Wartezeit von vier Wochen bis zur Zahlung des ersten Arbeitslosengeldes eingeführt werden. Das Arbeitslosengeld selbst müsse auf 60 Prozent des letzten Nettoverdienstes reduziert und dürfe höchstens ein Jahr lang gezahlt werden.

Dieser asoziale Vorschlag ist an Zynismus kaum noch zu überbieten. Selbst der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Joachim Meyer, hat diese Forderung als „Provokation“ kritisiert. „Für die Mehrheit der Arbeitssuchenden gibt es keine Chance, innerhalb eines Jahres einen Arbeitsplatz zu finden“, erklärte Meyer.

Wunsch und Wirklichkeit

Es sollte der große Erfolg werden. Die rot-grünen Arbeitsmarktreformen sollten die Arbeitslosigkeit binnen drei Jahren halbieren. Das war Mitte des Jahres 2002. Bis zu 500.000 Jobvermittlungen sollten die „Personal-Service-Agenturen“ bringen. Ende Januar waren gerade einmal 31.708 Arbeitslose bei den bundesweit knapp 1000 PSA beschäftigt. Davon hatten lediglich 6375 Arbeitslose eine dauerhafte Beschäftigung in einem Betrieb gefunden.

Die Bundesagentur für Arbeit zahlt den Zeitarbeitsfirmen für jeden Arbeitslosen zwischen 800 und 1.300 Euro im Monat, die Zuschüsse sinken nach drei Monaten auf 75 Prozent, nach einem halben Jahr wird nur noch die Hälfte gezahlt.

Auch beim Programm „Kapital für Arbeit“ liegen Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander. 50.000 neue Jobs sollten entstehen. Ende Januar waren es 11.329.

Etwas besser sieht die Bilanz bei den Existenzgründungszuschüssen für Arbeitslose aus. Ende Januar gab es bundesweit 99.661 Ich-AGs. Seit gut einem Jahr werden Arbeitssuchende bis zu drei Jahre lang gefördert, wenn ihr Jahreseinkommen unter 25.000 Euro liegt. 450.000 neue Stellen sollen durch diese Initiative in drei Jahren entstehen. Trotz der so genannten Reformen hält sich in Deutschland die Zahl der registrierten Arbeitslosen über der Vier Millionen-Marke.

F.K.

Weniger Schutz vor Monopolen

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement plant, die strengen Fusionsregeln für den deutschen Pressemarkt zu lockern. Mit der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Pressefusionskontrolle) sollen nur noch solche Verlage einer Kontrolle unterliegen, die über 50 Millionen Euro Umsatz jährlich machen.

Nach Ansicht des Medienexperten Horst Röper wäre der deutsche Zeitungsmarkt „sofort mit einer gewaltigen Fusionswelle konfrontiert, in der die kleinen Verlage untergehen“. Für die Leser/innen hätte das die Folge, dass sie „noch weniger zwischen unabhängigen Zeitungen wählen können“, sagt der Dortmunder Zeitungswissenschaftler. „Die Großen würden die Kleinen erst zermürben und dann übernehmen“. Er hält Clements Pläne sogar für potenziell verfassungswidrig. „Eine Lockerung der Fusionskontrolle ist mit der grundgesetzlich gebotenen Pressevielfalt unvereinbar“. Auch der Präsident des Bundeskartellamts hat starke Vorbehalte gegen die ge-

planten Lockerungen. Sogar der Verband Deutscher Lokalzeitungen kritisiert die Pläne der Bundesregierung. Er sprach sich gegen Möglichkeiten für Zusammenschlüsse von Großverlagen mit kleineren Unternehmen aus, bei denen die Entstehung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung ermöglicht wird.

Dagegen begrüßt der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) die Gesetzgebungsinitiative. Gesetzliche Auflagen, die zu einer Trennung von verlegerischer und publizistischer Verantwortung führen, werden jedoch weiter kategorisch abgelehnt. Gemeint sind etwa die Schaffung eines Presserichtsrahmengesetzes oder gesetzliche Regelungen zur Ausgestaltung „innerer Pressefreiheit“, zu Redaktionsstatuten oder Redaktionsbeiräten sowie Stiftungsmodellen oder „pressefreiheitswidrige inhaltliche Vielfaltskontrolle“. Die Macht der Zeitungsverleger soll nicht angetastet werden. Eine Demokratisierung der Presseverlage ist nicht vorgesehen.

-es

* * * *

Buchtipps

Michel Reimon / Christian Felber
Schwarzbuch Privatisierung
Was opfern wir dem freien Markt?
Ueberreuter, 256 Seiten, 19,95 Euro

Was die Autoren für die heute elementaren Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wasser, Bildung, Rente, Information und Sicherheit an Fakten und Argumenten zusammengeführt haben, ergibt ein kluges Handbuch gegen den Privatisierungswahn.

Internet-Tipp

Albrecht Müller, Diplom-Volkswirt, Ghostwriter bei Wirtschaftsminister Karl Schiller und ehem. Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, hat zusammen mit **Wolfgang Lieb**, ehemals Regierungssprecher von NRW-Ministerpräsident Johannes Rau, eine sehr lesenswerte Website zum Aufbau einer Gegenöffentlichkeit zum Mainstream gestartet:
www.NachDenkSeiten.de

Kommentar

Schröder, ade !

Kanzler Schröder hat sich von seiner Partei befreit. Geliebt hat er sie nie, sondern immer nur für seine Ziele benutzt. Die Verantwortung als Vorsitzender soll nun Franz Müntefering übernehmen. Er soll die Partei wieder ruhig stellen und der Regierung den Rücken frei halten. Aber das wird schwierig. Die Beschlüsse des jüngsten Parteitages will Müntefering durchsetzen. Ihm muss es gelingen, die Glaubwürdigkeit und den Zusammenhalt in der Partei wieder herzustellen. Aber dabei gerät er unweigerlich in Konflikt mit Schröder und Clement, auch wenn einige Parteistrategen dem Kanzler ihre Unterstützung öffentlich zusichern. In der Öffentlichkeit hat der Wechsel in der Führung der Partei relativ wenig Beachtung gefunden. Solange die SPD ihre einseitige Politik zu Lasten der Schwächeren in unserer Gesellschaft nicht ändert, wird sie kein Vertrauen schaffen und alle bevorstehenden Wahlen verlieren. Mit diesem Kanzler wird die Sozialdemokratie ihren Untergang erleben.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35, Mail: franz.kersjes@koeln.de
Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht. www.weltderarbeit.de
Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.